



Grzegorz W. Kołodko, ehemaliger Finanzminister der Republik Polen

ZUR PERSON

Grzegorz W. Kołodko, geboren 1949 in Tzcew, Polen, ist Ökonom und Politiker, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Begründer des theoretischen Trends in der Wirtschaftswissenschaft, der als neuer Pragmatismus bekannt ist.

Außerdem ist er Dozent an der Kozminski-Universität in Warschau, er war Vizepräsident des Ministerrats und Finanzminister in den Jahren 1994–1997 und 2002–2003 sowie Schöpfer sozioökonomischer Entwicklungsprogramme: Strategie für Polen, Paket 2000 und Programm zur Reparatur der Finanzen der Republik Polen.

Es ist Zeit für Olympischen Frieden

Die Militärausgaben steigen weltweit in astronomische Höhen, während für die zivile Infrastruktur zu wenig Geld da ist

GRZEGORZ W. KOŁODKO

Und immer wieder fliegt die Motte ins sengende Licht ... Die internationale Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Das gegenseitige Misstrauen zwischen den Staaten wächst, die Atmosphäre des Kalten Krieges verschärft sich, ein Ende der blutigen Konflikte ist nicht in Sicht. Wer weiß, wie lange das noch so weitergehen wird. Dabei müsste es gar nicht so sein.

Das Dramatische an der Situation ist, dass derzeit in vielen Ländern jene Kräfte an Einfluss gewinnen, die auf Konfrontation drängen, statt auf friedlichen Dialog zu setzen. Militaristen dominieren gegenüber Pazifisten, und kriegsbefürwortende Interessengruppen sind weitaus mächtiger als friedenswillige politische Kreise.

Einer der dümmsten Sätze der Geschichte wird unreflektiert verbreitet: Wer den Frieden will, muss sich auf den Krieg vorbereiten. Nein, wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Frieden vor, anstatt ein Vermögen auszugeben, um dich bis an die Zähne zu bewaffnen. Diese Zähne können dir jederzeit von anderen, die sich ebenfalls bewaffnen, gezogen werden. Und heute kann bereits ein kleiner Zwischenfall zu einer großen Katastrophe führen. Aber es ist noch nicht zu spät!

Die Aufrüstungsspirale dreht sich

Auf jede Aktion folgt eine Reaktion. Irgendwann wird es keine Rolle mehr spielen, wer angefangen hat, die Muskeln seiner Soldaten spielen zu lassen, die natürlich von allen als rein defensiv und nicht als kriegerisch bezeichnet werden. Tatsache ist, dass die Welt im Jahr 2023 die Rekordsumme von 2243 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben hat, 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben steigen weiter und erreichen in diesem Jahr 2,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Mit anderen Worten: Jeder vierzigste Dollar wird für Militär und Rüstung ausgegeben, während für Gesundheit und Bildung, Infrastruktur und den Kampf gegen die katastrophale Erderwärmung, ganz zu schweigen von Kultur und Wissenschaft, zu wenig Geld da ist.

Statt friedliche Lösungen durch den Ausbau multilateraler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und diplomatischer Aktivitäten zu suchen, dominiert der Protektionismus, und die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter. Es liegt auf der Hand, dass die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Spannungsfeld unterschiedlicher Vorstellungen und Interessen ein Gleichgewicht der Kräfte erfordert. Die politische Kunst besteht jedoch darin, dieses angestrebte Gleichgewicht mit möglichst geringen Kosten und nicht mit immer höheren Ausgaben zu erreichen.

Letzteres ist leider in vielen Ländern der Fall. Angefangen bei Russland, China und

Indien, vor allem aber bei den Nato-Mitgliedsstaaten, die gerade ihr 75-jähriges Bestehen groß feiern. Im Jahr 2017 erreichten vier Länder die von der Nato vorgeschlagene Schwelle von 2 Prozent des BIP für Militärausgaben: die USA (3,6), Griechenland (2,4), Großbritannien (2,1) und Polen (2,0). Im Jahr 2021 waren es zehn, in diesem Jahr bereits 23 der 32 Mitglieder des Paktes.

Die höchsten Militärausgaben haben die USA mit 916 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Kein Wunder, dass sich ihr Haushaltsdefizit den 7 Prozent des BIP nähert und die massive Staatsverschuldung, die bereits 100 Prozent des BIP erreicht hat, weiter steigt. Die mächtigste Volkswirtschaft der Welt droht aus den Fugen zu geraten. Die dortige Industrie- und Rüstungslobby ist zusammen mit den von ihr finanzierten politischen Parteien und den von ihr korrumpierten Medien so stark, dass die Stimmen für den Frieden de facto zum Schweigen gebracht werden.

Mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben – genau 1341 Milliarden Dollar – entfallen auf die Nato. Die europäischen Mitgliedsstaaten sind mit 28 Prozent an diesen Kosten beteiligt und geben insgesamt mehr als dreimal so viel aus wie Russland, das nur umgerechnet 109 Milliarden Dollar für diesen Zweck bereitstellt. Dies entspricht allerdings „nur“ 5,9 Prozent des russischen BIP. Kaufkraftbereinigt entspricht dies nach Schätzungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI einem Gegenwert von fast 400 Milliarden US-Dollar.

Ähnlich verhält es sich mit China, das mit 296 Milliarden US-Dollar ein Drittel der Ausgaben der Amerikaner tätigt, aber kaufkraftbereinigt, d.h. unter Berücksichtigung der Kosten- und Lohnunterschiede, eher zwei Drittel. Die so berechneten 400 Milliarden Russlands sind viel, aber immer noch ein Drittel weniger als die Ausgaben der europäischen Nato-Staaten. Selbst wenn man nur die Mitglieder der Europäischen Union betrachtet, übersteigt deren Militäraushalt insgesamt den russischen.

Im Sinne eines Gleichgewichts der Kräfte sollte es nicht darum gehen, die Ausgaben

der Mitgliedstaaten weiter zu erhöhen oder einen speziellen EU-Militärfonds einzurichten – und es gibt Vorschläge, sich dafür mit mindestens 100 Milliarden Euro zu verschulden –, sondern darum, die ohnehin schon beträchtlichen Mittel für das Militär besser zu nutzen, d.h. die Ausgabenstruktur zu optimieren und die nationalen (Verteidigungs-)Politiken besser zu koordinieren. Aber nicht die Tauben, sondern die Falken gewinnen die Oberhand – von Helsinki und Tallinn über Warschau und Berlin bis nach Kopenhagen und Brüssel.

exporte der USA an den weltweiten Gesamtexporten im Vergleich zum Zeitraum von 2014 bis 2018 von 34 auf 42 Prozent gestiegen. In diesem Zeitraum lieferten die USA Waffen an 107 Länder. Zweitgrößter Exporteur war Frankreich (10,9 Prozent des Welthandels), an dritter Stelle lag Russland (10,6 Prozent). Es folgten China (5,8 Prozent) und Deutschland (5,6 Prozent).

Die Lage wird immer komplizierter und es werden alle möglichen Szenarien für die Entwicklung der politischen und militärischen Fronten durchgespielt. Der russisch-

Vor diesem Hintergrund wurden die Sanktionen nicht auf einmal und mit verheerender Wirkung verhängt, sondern sukzessive und begrenzt (die Europäische Union hat in den 28 Monaten des Krieges 14 Sanktionspakete verabschiedet, d.h. alle zwei Monate eines). Auch die (Militär-)Hilfe für die Ukraine erfolgt schrittweise und in ineffizienten Tranchen. Dazu gehört, dass die Lieferung von hochmodernen Panzern oder F16-Kampfflugzeugen früher nicht genehmigt wurde, jetzt aber doch kommt. Dasselbe gilt für Langstreckenraketen, die Ziele auf russischem Territorium angreifen können. Einige Nato-Staaten erwägen sogar, ihre Soldaten in die Ukraine zu schicken. Dies führt zu einer Verlängerung des bewaffneten Konflikts und birgt die Gefahr einer Eskalation der Krise, anstatt zu einem ukrainischen Sieg zu führen.

So hört man nicht mehr von einem baldigen Sieg der Ukraine, der angeblich mit immer neuen Tranchen ausländischer Hilfe erreicht werden soll. Vielmehr geht es jetzt darum, den Status quo noch ein oder zwei Jahre aufrechtzuerhalten, vielleicht auch noch ein paar Jahre länger, um Russland mit der Zeit in die Knie zu zwingen. Aber wie lange soll das dauern? Das ist der falsche Weg. Russland ist bereits moralisch und politisch am Boden, aber eine militärische Niederlage ist nicht in Sicht. Und am meisten hat schließlich die Ukraine zu leiden.

Jede Chance, die tödlichen Kämpfe zu beenden, ist gut. Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende sind bereits auf beiden Seiten der Front gestorben. Und noch immer sterben täglich viele weitere. Noch mehr Menschen leiden körperlich und seelisch. Die materiellen Verluste sind immens. Gerade deshalb gilt: Je schneller es zu einem bedingungslosen Waffenstillstand kommt, desto besser. Bedingungslos deshalb, weil keine Konfliktpartei die Forderungen des Gegners vollständig akzeptieren kann.

Wir müssen miteinander reden

Der Aufruf des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu einem Waffenstillstand während der Olympischen Spiele in Paris könnte eine Chance sein. Alle sollten ihn unterstützen und die Lösung der äußerst komplexen Situation den ukrainisch-russischen Verhandlungen überlassen. Dieser Krieg kann nur am Verhandlungstisch beendet werden, nicht auf dem Schlachtfeld. Sonst wird es immer wieder nur Debatten geben, ohne dass jemals eine Lösung gefunden wird – und das, so fürchte ich, auch anlässlich der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Nato. Wir müssen wirklich miteinander reden.

Geben wir dem Frieden eine Chance. Noch ist es nicht zu spät.

Aus dem Polnischen von Stanislaw Strasburger.



Macht uns das sicherer? Selbst wenn man die Ergebnisse von Meinungsumfragen so interpretieren könnte, sollte man sich darüber im Klaren sein, dass die öffentliche Meinung durch die Berichterstattung der Medien stark manipuliert wird. Zuerst werden die Menschen mit dem Schreckgespenst des Feindes verängstigt, sodann lassen sie sich weiter psychologisch terrorisieren. Dies erleichtert es, vom Versagen der Politik abzulenken, die nicht in der Lage ist, andere drängende Probleme wirksam anzugehen.

Das Schüren von Ängsten ist auch ein Instrument, um die Profiteure aus ohnehin schon lukrativen Geschäften zu steigern. Von 2019 bis 2023 ist der Anteil der Waffen-

ukrainische Konflikt wird verschleppt, weil keine Seite zu Zugeständnissen bereit ist, ohne die ein friedlicher Kompromiss unmöglich wäre. Der Krieg läuft weiter, und es ist kein Geheimnis mehr, dass er über die Verteidigung der ukrainischen Souveränität hinaus darauf abzielt, das moralisch und politisch bereits gescheiterte Russland so weit wie möglich zu schwächen. Und dies nicht nur wegen der verabscheuungswürdigen Invasion in der Ukraine, sondern auch im Rahmen der laufenden, man möchte sagen, tektonischen Verschiebungen in der Geopolitik. Der Krieg soll also weitergehen, mit dem Ziel, die menschlichen und materiellen Ressourcen Russlands so weit wie möglich zu erschöpfen.